

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt den Tagesordnungspunkt „Wohnen im Rhein-Sieg-Kreis“ auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 23. Juni 2020 zu setzen und darunter den nachfolgenden Antrag zu behandeln.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung festzustellen, welche personellen und finanziellen Ressourcen bei der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises (GWG) notwendig sind, um die Anzahl der neu zu errichtenden Wohneinheiten auf mindestens 500 pro Jahr zu erhöhen.

Darüber hinaus wird die Kreisverwaltung gebeten zu prüfen, in welcher Form der Rhein-Sieg-Kreis bzw. eine kreiseigene (ggf. noch zu gründenden Gesellschaft) leerstehende Wohnungen und Einliegerwohnungen anmieten und weitervermieten kann. So soll neuer Wohnraum ressourcenschonend geschaffen werden und bei den Eigentümern mit einem „sicheren Mieter“ entsprechend „Barrieren“ gesenkt werden.

Der Landrat wird ferner beauftragt im Dialog mit den Bürgermeister*innen darauf einzuwirken ein kreisweit einheitliches Vorgehen bei der Festlegung einer Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau zu erreichen. Zielsetzung sollte dabei eine Quote von 30% sein.

Weiterhin wird die Kreisverwaltung gebeten geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die die Eigentumsbildung (selbstgenutzt) im Rhein-Sieg-Kreis fördern.